

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Johann-Henrich Krummacher, Ilse Aigner, Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau), Jörg Tauss, René Röspel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 16/4161 –**

**Geistes- und Sozialwissenschaften stärken**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Uwe Barth, Patrick Meinhardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/4153 –**

**Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften stärken**

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Cornelia Hirsch, Volker Schneider (Saarbrücken), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/4154 –**

**Perspektiven für die Geistes- und Sozialwissenschaften verbessern**

- 4. zu dem Antrag der Abgeordneten Krista Sager, Kai Gehring, Priska Hinz (Herborn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 16/4406 –**

**Die Geistes- und Sozialwissenschaften in Forschung und Lehre fördern**

**A. Problem**

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit beachtliche Summen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung aufgewendet, um die Innovationsfähigkeit Deutschlands zu stärken.

Die Geistes- und Sozialwissenschaften leisten ihren spezifischen Beitrag zum Verständnis des Seins, gesellschaftlicher Vorgänge und auch zur Wertschöpfung mit ihren Instrumenten des Erinnerns, Verstehens, Vermittelns und Gestaltens. Ihre Bedeutung und Leistungsfähigkeit ist national und international anerkannt.

Gleichwohl stehen die Geistes- und Sozialwissenschaften aufgrund von Haushaltskürzungen und des Profilbildungswettbewerbs an den Hochschulen unter besonderem Leistungs- und Rechtfertigungsdruck.

Es wird daher ein umfangreicher Maßnahmenkatalog des Bundes und der Länder empfohlen, der die von der Bundesregierung bereits eingeleiteten Förderstrategien ergänzt.

Zu Nummer 2

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat das Wissenschaftsjahr 2007 den Geisteswissenschaften gewidmet, um die besondere Bedeutung ihrer Disziplinen, Themen und Methoden für die Entwicklung der Gesellschaft hervorzuheben.

Die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften tragen einerseits als Langzeitgedächtnis zur Tradierung der kulturellen Leistungen bei; andererseits schaffen sie als Orientierungswissenschaften die Grundlagen für die Verständigung über relevante gesellschaftliche Fragen und damit auch für Innovationen.

Die Hochschulen in Deutschland haben eine herausragende Bedeutung für die geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Forschung und Lehre. Mit ihren Kompetenzen und originären wissenschaftlichen Fragestellungen sind sie gleichwertige Partner der Natur- und Technikwissenschaften. Eine einseitige Fokussierung der Universitäten auf technologische Leistungsfähigkeit schafft auf die Dauer keine tragfähige Basis für Innovationen.

Zu Nummer 3

Das von der Bundesregierung ausgerufene Jahr der Geisteswissenschaften 2007 eröffnet die Chance, die Bedeutung der Geistes- und Sozialwissenschaften für Erkenntnisgewinn und gesellschaftliche Entwicklungen öffentlich zu machen, aber auch ihren Zustand und notwendige Reformen zu debattieren und einzuleiten.

Geistes- und Sozialwissenschaften bieten Orientierungs- und Handlungswissen für soziale, kulturelle und politische Entwicklungen und damit auch eine Grundlage für persönliche und politische Entscheidungen.

Da diese Wissenschaften oft keinen direkten wirtschaftlichen Nutzen haben, auf öffentliche Förderung angewiesen sind und im Wettbewerb an den Hochschulen in starker Konkurrenz zu ökonomisch ausgerichteten Wissenschaften stehen, sind Fördermaßnahmen von Bund und Ländern notwendig, die die Perspektiven der Geistes- und Sozialwissenschaften und vor allem die Situation der Lehre als „Achillesferse“ verbessern.

Zu Nummer 4

Obwohl die Leistungen der Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland anerkannt sind und ihnen als „Seismograph“ und Orientierungswissenschaften eine wichtige Bedeutung für die nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung zu-

kommt, stehen sie im Gegensatz zu den Natur- und Ingenieurwissenschaften unter einem Legitimationsdruck.

Daher wird die Entscheidung der Bundesregierung begrüßt, mit dem Jahr der Geisteswissenschaften 2007 deren Leistungen öffentlich zu würdigen und gleichzeitig Förderungsperspektiven zu entwickeln.

Trotz der von der Bundesregierung eingeleiteten Fördermaßnahmen besteht weiterhin Handlungsbedarf, insbesondere in den Bereichen Hochschullehre, „Orchideen-“ oder kleine Fächer und der Lehrerausbildung.

## **B. Lösung**

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften an den Hochschulen, Großforschungseinrichtungen, Akademien und wissenschaftlichen Zentren zu verstärken und sich auch auf europäischer Ebene in diesem Sinne zu engagieren. Es wird angeregt, die diesbezüglichen Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Hochschulrektorenkonferenz in die Planungen einzubeziehen.

Im Bundeshaushalt ist eine weitere Erhöhung der entsprechenden Finanzmittel vorzusehen.

**Annahme des Antrags auf Drucksache 16/4161 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.**

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung wird aufgefordert, geeignete Rahmenbedingungen für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, ihre spezifischen Beiträge als Übersetzungs- und Orientierungswissenschaften für die Selbstverständigung der Gesellschaft über ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu leisten.

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4153 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

Zu Nummer 3

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur Entscheidungsvorbereitung ein Diskussionsforum zu den „Perspektiven der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ zu initiieren.

Darüber hinaus werden Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Lehre, zum Erhalt der Einheit von Forschung und Lehre sowie zum Erhalt der bedrohten kleinen Fächer vorgeschlagen.

Für die Bewertung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsleistungen als Grundlage für die Vergabe von Fördermitteln sollten wissenschaftsspezifische Bewertungskriterien und Evaluierungsverfahren erarbeitet werden.

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4154 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Zu Nummer 4

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Geistes- und Sozialwissenschaften mit einem Bündel von Maßnahmen zu stärken. Vor allem soll die Qualität der Lehre durch eine spezifische Exzellenzinitiative anerkannt bzw. verbessert werden. Mit finanziellen Anreizen soll der Erhalt der kleinen Fächer, die interdisziplinäre Forschung und eine gleichstellungsorientierte Personalpolitik gefördert werden.

Die Forschungsförderung soll nicht allein dem Primat der technologischen und wirtschaftlichen Verwertbarkeit folgen, sondern sie soll die geistes- und sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung unterstützen.

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4406 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmhaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4161;

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/4153;

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/4154;

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/4406.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/4161 anzunehmen;
2. den Antrag auf Drucksache 16/4153 abzulehnen;
3. den Antrag auf Drucksache 16/4154 abzulehnen;
4. den Antrag auf Drucksache 16/4406 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juli 2007

### Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

**Ulla Burchardt**  
Vorsitzende

**Johann-Henrich Krummacher**  
Berichterstatter

**Swen Schulz (Spandau)**  
Berichterstatter

**Patrick Meinhardt**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Krista Sager**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Johann-Henrich Krummacher, Swen Schulz (Spandau), Patrick Meinhardt, Dr. Petra Sitte und Krista Sager

### I. Überweisung

Zu den Nummern 1 bis 3

Der Deutsche Bundestag hat die Anträge auf **Drucksachen 16/4161, 16/4153 und 16/4154** in seiner 79. Sitzung am 1. Februar 2007 beraten und jeweils an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 4

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4406** in seiner 82. Sitzung am 1. März 2007 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die **Fraktionen der CDU/CSU und SPD** erklären, dass die Bundesregierung in der Vergangenheit beachtliche Summen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung aufgewendet habe, um die Innovationsfähigkeit Deutschlands zu stärken.

Die Geistes- und Sozialwissenschaften leisten nach Auffassung der Antragsteller ihren spezifischen Beitrag zum Verständnis des Seins, gesellschaftlicher Vorgänge und auch zur Wertschöpfung mit ihren Instrumenten des Erinnerns, Verstehens, Vermittelns und Gestaltens. Ihre Bedeutung und Leistungsfähigkeit seien national und international anerkannt.

Das von der Bundesregierung eingerichtete Jahr der Geisteswissenschaften 2007 wird als öffentlichkeitswirksame und fördernde Maßnahme begrüßt. Ferner werden die bereits durchgeführten Haushaltssteigerungen, die finanzielle Unterstützung der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute und die Förderung der Sozial- und Geisteswissenschaften über die Forschungseinrichtungen und Akademien anerkannt.

Gleichwohl stünden die Geistes- und Sozialwissenschaften aufgrund von Haushaltskürzungen und des Profilbildungswettbewerbs an den Hochschulen unter besonderem Leistungs- und Rechtfertigungsdruck.

Es wird daher ein umfangreicher Maßnahmenkatalog des Bundes und der Länder empfohlen, der die von der Bundesregierung bereits eingeleiteten Förderstrategien ergänzt.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften an den Hochschulen, Großforschungseinrichtungen, Akademien und wissenschaftlichen Zentren zu verstärken und sich auch auf europäischer Ebene in diesem Sinne zu engagieren. Es wird angeregt, die Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Hochschulrektorenkonferenz in die Planungen einzubeziehen.

Im Bundeshaushalt sei eine weitere Erhöhung der entsprechenden Finanzmittel vorzusehen.

Die Bundesregierung wird ferner aufgefordert, im Hochschulpakt und im laufenden Exzellenzwettbewerb vor allem auch die Belange der Geistes- und Sozialwissenschaften zu berücksichtigen, den Bestand der deutschen geisteswissenschaftlichen Forschung und Lehre zu erfassen und auf dieser Basis wissenschaftsspezifische und angemessene Förderinstrumente, Infrastrukturen und Evaluierungskriterien zu entwickeln.

Nach Auffassung der Antragsteller ist der Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit mit den Natur- und Ingenieurwissenschaften besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Für die Erhaltung von „Orchideenfächern“ wird die Gestaltung günstiger Rahmenbedingungen gefordert. Die Bildungs- und Sicherheitsforschung habe als Teil der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung eine hohe aktuelle Bedeutung. Daher empfehlen die Fraktionen der CDU/CSU und SPD, dort auch einen Förderschwerpunkt zu setzen.

Zu Nummer 2

Die **Fraktion der FDP** erklärt, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Wissenschaftsjahr 2007 den Geisteswissenschaften gewidmet habe, um die besondere Bedeutung ihrer Disziplinen, Themen und Methoden für die Entwicklung der Gesellschaft hervorzuheben.

Die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften trügen einerseits als Langzeitgedächtnis zur Tradierung der kulturellen Leistungen bei; andererseits schafften sie als Orientierungswissenschaften die Grundlagen für die Verständigung über relevante gesellschaftliche Fragen und damit auch für Innovationen.

Die Hochschulen in Deutschland hätten eine herausragende Bedeutung für die geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Forschung und Lehre. Mit ihren Kompetenzen und originären wissenschaftlichen Fragestellungen seien sie gleichwertiger Partner der Natur- und Technikwissenschaften. Eine einseitige Fokussierung der Universitäten auf technologische Leistungsfähigkeit schaffe auf die Dauer keine tragfähige Basis für Innovationen.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, geeignete Rahmenbedingungen für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften zu schaffen, die es ihnen ermöglichen, ihre spezifischen Beiträge als Übersetzungs- und Orientierungs-

wissenschaften für die Selbstverständigung der Gesellschaft über ihre Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu leisten.

Im Einzelnen wird die Bundesregierung aufgefordert, mit geeigneten Maßnahmen die kleinen Fächer zu stärken, beziehungsweise der Gefahr ihres Verschwindens aus der Hochschullandschaft entgegenzuwirken sowie die geisteswissenschaftliche Forschung an den großen deutschen Forschungseinrichtungen, wissenschaftlichen Akademien und Geisteswissenschaftlichen Zentren zu fördern. Ein weiterer Förderschwerpunkt sei auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit den Natur- und Ingenieurwissenschaften zu legen.

Die Arbeit der internationalen Mittlerorganisationen, Einrichtungen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Stiftungen sollten aufgrund ihrer Multiplikatorenfunktion für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften ebenfalls unterstützt werden.

Schließlich wird die Bedeutung der Exzellenzinitiative, der Weiterbildungsinitiative der Bundesregierung, der Bildungsberichterstattung und des Siebten Forschungsrahmenprogramms betont und Initiativen zur Stärkung der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften in diesen Bereichen angeht.

#### Zu Nummer 3

Die **Fraktion DIE LINKE**. erklärt, dass das von der Bundesregierung ausgerufenen Jahr der Geisteswissenschaften 2007 die Chance eröffne, die Bedeutung der Geistes- und Sozialwissenschaften für Erkenntnisgewinn und gesellschaftliche Entwicklungen öffentlich zu machen, aber auch ihren Zustand und notwendige Reformen zu debattieren und einzuleiten.

Geistes- und Sozialwissenschaften böten Orientierungs- und Handlungswissen für soziale, kulturelle und politische Entwicklungen und damit auch eine Grundlage für persönliche und politische Entscheidungen.

Da diese Wissenschaften oft keinen direkt anwendbaren wirtschaftlichen Nutzen hätten, auf öffentliche Förderung angewiesen seien und im Wettbewerb an den Hochschulen in starker Konkurrenz zu ökonomisch ausgerichteten Wissenschaften stünden, wären Fördermaßnahmen von Bund und Ländern, die die Perspektiven der Geistes- und Sozialwissenschaften und vor allem die Situation der Lehre als „Achillesferse“ verbessern, unumgänglich.

Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung aufgefordert, zur Entscheidungsvorbereitung ein Diskussionsforum zu den „Perspektiven der Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ zu initiieren. An diesem Forum sollten Bund, Länder, Wissenschaftseinrichtungen, Hochschulen, Interessenvertretungen und die Fachgesellschaften beteiligt werden.

Darüber hinaus werden Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Lehre, zum Erhalt der Einheit von Forschung und Lehre sowie zum Erhalt der bedrohten kleinen Fächer vorgeschlagen.

In der Hochschullehre sei vor allem die schlechte Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Studierenden durch die Verbesserung finanzieller und personeller Ressourcen aufzuheben.

Für die Bewertung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschungsleistungen als Grundlage für die Vergabe von Fördermitteln sollten wissenschaftsspezifische Bewertungskriterien und Evaluierungsverfahren erarbeitet werden.

Die Fraktion DIE LINKE. erachtet es als notwendig, dass die Bundesregierung in ihrer Forschungsförderungspolitik die Brückenfunktion der Geistes- und Sozialwissenschaften stärkt und zu diesem Zwecke die Kooperation mit den Human-, Natur- und Technikwissenschaften fördert.

Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, als Basis für eine öffentliche Debatte regelmäßig Fortschrittsberichte über sensible Bereiche der Geistes- und Sozialwissenschaften vorzulegen.

#### Zu Nummer 4

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** weist auf den aktuellen Legitimationsdruck auf die Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland hin, obwohl ihre Leistungen anerkannt seien und ihnen als „Seismograph“ und Orientierungswissenschaften eine wichtige Bedeutung für die nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung zukommt. Diese Rechtfertigungsprobleme hätten die Natur- und Ingenieurwissenschaften nicht.

Vor diesem Hintergrund wird die Entscheidung der Bundesregierung begrüßt, mit dem Jahr der Geisteswissenschaften 2007 deren Leistungen öffentlich zu würdigen und gleichzeitig Förderungsperspektiven zu entwickeln.

Trotz der von der Bundesregierung eingeleiteten Fördermaßnahmen wie die Gründung der „Kolleg-Forschergruppen“, die Förderung von Forschungsverbänden und die Berücksichtigung der Geistes- und Sozialwissenschaften im Siebten Forschungsrahmenprogramm sowie im European Research Council bestehe weiterhin Handlungsbedarf, insbesondere in den Bereichen Hochschullehre, „Orchideen-“ oder kleine Fächer und der Lehrerausbildung. Aufgrund der Fokussierung auf die High-Tech-Strategie sehe man die Gefahr der Marginalisierung der Geistes- und Sozialwissenschaften.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, die Geistes- und Sozialwissenschaften mit einem Bündel von Maßnahmen zu stärken. Vor allem soll die Qualität der Lehre durch eine spezifische Exzellenzinitiative anerkannt bzw. verbessert werden. In der zweiten Runde des laufenden Exzellenzwettbewerbs sollen das Verfahren und die Bewertungskriterien die Bewerbung geistes- und sozialwissenschaftlicher Fakultäten nicht behindern.

Mit finanziellen Anreizen solle der Erhalt der kleinen Fächer und die interdisziplinäre Forschung gefördert werden. Die Vergabe von Bundesmitteln sei an eine gleichstellungsorientierte Personalpolitik zu knüpfen.

Die Forschungsförderung solle im Grundsatz nicht allein dem Primat der technologischen und wirtschaftlichen Wertbarkeit folgen, sondern sie solle die geistes- und sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung unterstützen.

Die Antragsteller fordern angesichts aktueller nationaler und globaler Entwicklungen, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften organisatorisch und finanziell in die Lage versetzt werden, Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, Bildungs-, Umwelt- und Gesundheitsforschung, zur Forschung

zu Migrations- und Genderfragen sowie zum demographischen Wandel zu leisten.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der mitberatende **Auswärtige Ausschuss, Innenausschuss, Finanzausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Verteidigungsausschuss, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** und der **Ausschuss für Kultur und Medien** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf **Drucksache 16/4161** anzunehmen.

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** hat die Annahme des Antrags auf **Drucksache 16/4161** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen.

Zu Nummer 2

Der mitberatende **Auswärtige Ausschuss, Innenausschuss, Finanzausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Verteidigungsausschuss, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Ausschuss für Kultur und Medien** sowie der **Haushaltsausschuss** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf **Drucksache 16/4153** abzulehnen.

Zu Nummer 3

Der mitberatende **Auswärtige Ausschuss, Innenausschuss, Finanzausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Verteidigungsausschuss, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** und der **Ausschuss für Kultur und Medien** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf **Drucksache 16/4154** abzulehnen.

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** hat ebenfalls die Ablehnung des Antrags auf **Drucksache 16/4154** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Zu Nummer 4

Der mitberatende **Innenausschuss, Finanzausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** und der **Ausschuss für Kultur und Medien** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf **Drucksache 16/4406** empfohlen.

Der mitberatende **Verteidigungsausschuss** hat die Ablehnung des Antrags auf **Drucksache 16/4406** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von zwei Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP sowie DIE LINKE. empfohlen.

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf **Drucksache 16/4406** abzulehnen.

Der mitberatende **Auswärtige Ausschuss** verzichtet auf die Abgabe eines Votums zur **Drucksache 16/4406**.

### IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 32. Sitzung am 25. April 2007 beraten und empfiehlt:

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf **Drucksache 16/4161** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf **Drucksache 16/4153** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Nummer 3

Ablehnung des Antrags auf **Drucksache 16/4154** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Nummer 4

Ablehnung des Antrags auf **Drucksache 16/4406** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird erklärt, dass mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen auch vor dem Hintergrund des Jahres der Geisteswissenschaften ein Zeichen gegenüber der Gemeinde der Geistes- und Sozialwissenschaftler gesetzt worden sei, dass man ihre Belange ernst nehme und ihre besonderen Leistungen anerkenne. Der Antrag enthalte auch konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Geisteswissenschaften in Forschung und Lehre. Die Antragsteller zeigen sich erfreut über die breite Unterstützung durch die Anträge der anderen Fraktionen. Entscheidend sei jedoch nicht die Frage der politischen Harmonie, sondern was den Geistes- und Sozialwissenschaften insgesamt nütze.

Der Antrag der FDP-Fraktion eigne sich für eine Zusammenarbeit in dem angestrebten Sinne ganz besonders. Am Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird trotz



einiger kompatibler Aussagen kritisiert, dass er im Windschatten angestrebter geistes- und sozialwissenschaftlicher Förderung auch gesellschaftspolitische Vorstellungen umsetzen wolle.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei kaum anschlussfähig, da von zehn vorgeschlagenen Maßnahmen sieben mit der beschlossenen Förderalismusreform und der Autonomie der Hochschulen unvereinbar sei. Lediglich die Maßnahmen zur Förderung der bedrohten kleinen Fächer und das Bekenntnis zur Brückenfunktion der Geisteswissenschaften zeigten in die richtige Richtung.

Die Fraktion der CDU/CSU zieht das Fazit, dass der Koalitionsantrag die Etablierung von geistes- und sozialwissenschaftlichen Leuchttürmen unterstütze und den Dialog in der Öffentlichkeit und in Universitäten über ihre grundlegende Bedeutung und Leistungen der Geistes- und Sozialwissenschaften fördere.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird den Geistes- und Sozialwissenschaften in Deutschland eine hervorragende Qualität im internationalen Vergleich bescheinigt. Jedoch sehe man die Gefahr ihrer Marginalisierung bei der Akzentverschiebung bei der Rolle der Wissenschaften auf technologisch und wirtschaftlich umsetzbare Ergebnisse. Die Bundespolitik müsse im Rahmen ihrer Möglichkeiten hier gegensteuern und die zentrale Bedeutung der Geistes- und Sozialwissenschaften auch als Wirtschaftsfaktor und für die Innovationsprozesse unterstreichen. Die Initiativen und Schwerpunktsetzungen von Bundesministerin Dr. Annette Schavan in diesem Sinne werden ausdrücklich anerkannt.

Die Antragsteller gehen auf einige Schwerpunkte ihres Antrages ein. Die Chance der Geistes- und Sozialwissenschaften im Exzellenzwettbewerb und seine notwendige Gestaltung und Ausrichtung für eine aussichtsreiche Partizipation werden angesprochen.

Der Wissenschaftsrat habe die geisteswissenschaftlichen Zentren überwiegend positiv evaluiert. Bund und Länder müssten sich jedoch für deren Eigenständigkeit an den Hochschulen einsetzen. Allen Anträgen gemeinsam sei die Sorge um die kleinen Fächer. Man sehe die Gefahr, dass sie im Rahmen von Profilbildungen und Umstrukturierungen in der Hochschullandschaft „unter den Tisch fallen könnten“. Um dies zu vermeiden, wird eine vernünftige Koordinierung dieser Umstrukturierungen gefordert.

Die Fraktion der SPD sieht die Notwendigkeit, den laufenden Exzellenzwettbewerb um einen Wettbewerb für herausragende Lehre an Universitäten zu ergänzen, der aber die Qualitätssicherung der Lehre in der Breite nicht aus den Augen verlieren dürfe. Eine qualitativ hochwertige Lehre und die entsprechende Attraktivität für Studierende sollte im System der Hochschulfinanzierung berücksichtigt werden.

Von Seiten der Fraktion der SPD wird bedauert, dass es trotz eines hohen Maßes an Übereinstimmung in allen vorliegenden Anträgen nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sei als Signal an die Fachgemeinde und die Öffentlichkeit, dass sich der Deutsche Bundestag geschlossen für die Geistes- und Sozialwissenschaften einsetze.

Die **Fraktion der FDP** verweist auf ihre Reden im Plenum angesichts der Einbringung der vorliegenden Anträge. Man habe damals bereits eine überfraktionelle Zusammenarbeit

im Jahr der Geisteswissenschaften als bewusstes Zeichen für die Stärkung der Geistes- und Sozialwissenschaften gefordert. Man müsse aber jetzt am Ende der Beratungen feststellen, dass die Chance leider vertan worden sei.

Der Antrag der Fraktion der FDP konzentriere sich auf folgende Schwerpunkte:

Stärkung der geisteswissenschaftlichen Forschung in der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemeinschaft sowie durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, Entwicklung eines neuen Förderkonzeptes für die geisteswissenschaftlichen Zentren, Forschungskollegs und Zentren für Regionalstudien. Mit Blick auf die Gefährdung der kleinen Fächer wird eine Clearingstelle gefordert, die unkoordinierte und flächendeckende Streichungen von Lehrstühlen verhindern solle.

Es wird gefordert, das Jahr der Geisteswissenschaften auch vor dem Hintergrund der Weiterbildungsoffensive der Bundesregierung für die Stärkung sozialer Kompetenzen, Sprachförderung und Verbesserung der frühkindlichen Bildung zu nutzen.

Der Bundesbildungsbericht sollte in Zukunft einen deutlichen Akzent auf den Stellenwert von geistes-, sozial- und kulturwissenschaftlichen Unterrichtsinhalten, ferner auf die Ausbildung der Kulturkompetenz „Sprache“ setzen. Die Antragsteller erwarten, dass auch die humanistische Bildung, der bewusste Umgang mit kulturellen Traditionen im Fokus des Jahres der Geisteswissenschaften steht.

Der Kultur- und Kreativwirtschaft wird angesichts der fast einer Million Beschäftigten und eines Jahresumsatzes von 126 Mrd. Euro eine hohe wirtschaftliche Bedeutung zugemessen. Daher sollten die Kulturwissenschaften bei der Schwerpunktsetzung auf die Geisteswissenschaften integriert werden.

Die Fraktion der FDP erklärt, dass sie nach wie vor zu einem gemeinsamen Antrag bereit sei.

Auch von Seiten der **Fraktion DIE LINKE.** wird eine große Schnittmenge in den vorliegenden Anträgen erkannt, so dass gute Voraussetzungen für einen gemeinsamen Antrag vorlägen. Man wolle sich mit der Fraktion der CDU/CSU, die offensichtlich auf der Grundlage vergangener interner Beschlüsse nicht mit der Fraktion DIE LINKE. in einem gemeinsamen Antrag kooperieren wolle, inhaltlich auseinandersetzen und keine alten Vorurteile weiter pflegen.

Der eigene Antrag basiere auf der Herangehensweise des Wissenschaftsrates bei der Bewertung der Geistes- und Sozialwissenschaften:

Problembeschreibung, Analyse und Lösungsvorschläge. Die Frage der Zuständigkeiten spiele daher zunächst keine Rolle. Die Antragsteller betonen, sie hätten bei der Formulierung des Antrags die Ergebnisse der Förderalismusreform stets im Blick gehabt.

Vor diesem Hintergrund wird die Gründung eines Diskussionsforums vorgeschlagen unter dem Arbeitstitel „Perspektiven, Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“. Dieses Forum werde auch im Lichte der Ergebnisse der Förderalismusreform arbeiten. Der Bund sollte sich hüten, zu sehr segmentiert zu denken. Die Antragsteller sehen zurzeit das Hauptproblem im Bereich der Lehre. Daher werde im Antrag auch dort ein Schwerpunkt gesetzt.

Zu den Forschungskollegs wird ausgeführt, dass sie zwar in der Lage seien, die Forschung zu stärken, man sehe aber die Gefahr der Schwächung der Lehre und des Abzugs von Lehrpersonal. Die Lehre spiele im Bologna-Prozess eine besondere Rolle; und es seien vor allem Frauen, die das Lehrpotential stellten. Diese Aspekte müssten stärker in der Debatte berücksichtigt werden.

Die Antragsteller erklären zum Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eine Exzellenz-Initiative für die Lehre aufzulegen, dass man das Prinzip der Exzellenzinitiative umkehren müsse: Auf der Grundlage von Kriterien für eine qualifizierte Lehre müssten Förderprinzipien abgeleitet und entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden.

Die Forderung einer Exzellenzinitiative für Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften im Antrag der FDP-Fraktion wird kritisiert, da sie die Ungleichheit der Hochschulen verstärke und sich kontraproduktiv auf die kleinen Fächer auswirken werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schließt sich der Auffassung der Fraktionen SPD, FDP und DIE LINKE. an, dass ein gemeinsamer Antrag ein positives Signal im Jahr der Geisteswissenschaften hätte sein können. Der von Seiten einer Regierungsfraktion im Nachhinein vermittelte Eindruck, zwischen einigen der vorliegenden Anträge lägen Welten, erschlosse sich bei näherer Betrachtung nicht. Es wird hinterfragt, ob es langfristig durchzuhalten sei, Integrationsangebote von Fraktionen in Einzelfällen abzulehnen. Es hätte auch ein schönes Zeichen gegenüber der Bundesregierung werden können, wenn der zuständige Bundestagsausschuss kollektiv die rasche Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates im Hinblick auf die Kolleg-Forscherguppen und Fellow-Programme gelobt hätte.

Die Antragsteller weisen auf die Gemeinsamkeiten in den Anträgen hin: Weiterentwicklung- und -finanzierung der geisteswissenschaftlichen Forschung, Aufwertung der Forschungsverbände zwischen Geistes- und Naturwissenschaften und die Sorge um die kleinen Fächer.

Es wird befürchtet, dass die kleinen Fächer unter Umständen auch der verstärkten Autonomie der Hochschulen zum Opfer fallen könnten. Es bedürfe konkreter Anreize und verbindlicher Übereinkünfte, um die Existenz der kleinen Fächer langfristig zu sichern. Es dürfe auch keine Verantwortung für die Lehre unter dem Vorwand der Förderalismusreform abgegeben werden.

Zum Thema „Exzellenzinitiative“ wird ausgeführt, dass sie nicht die einzige Lösung für den Zustand in der Lehre sei. Eine Universität sollte aber das Prädikat „Exzellenz“ nur bekommen, wenn die Lehre dort auch exzellent sei. Wettbewerb werde an dieser Stelle – im Gegensatz zur Auffassung der Fraktion DIE LINKE. – durchaus als Katalysator gesehen. Sorge bereite die schlechte Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Studierenden, die enorme Verschulung und Spezialisierung bei der Einführung des Bachelors im Rahmen des Bologna-Prozesses. Daher sei eine bessere Verzahnung von Fachwissenschaft, Pädagogik und Didaktik in der Lehrerbildung notwendig.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist auf die Gleichstellungsproblematik gerade auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften hin. Die Schere zwischen dem Anteil der Frauen an den Studierenden und auch noch an den Doktoranden und der Professorebene sei dort, in Relation zu den Naturwissenschaften, noch größer.

Die Antragsteller sprechen das Problem der Entwicklung angemessener Bewertungskriterien für die Geistes- und Sozialwissenschaften an. Es müsse ein institutioneller Rahmen geschaffen werden, wo diese Strategiefrage gemeinsam diskutiert und gelöst werden könne.

Auf den Vorwurf von Seiten der Fraktion der CDU/CSU, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolge mit ihrer Schwerpunktsetzung ihre spezifischen politischen Interessen, wird entgegnet, dass mit der Stärkung der Bildungs- und Demokratieforschung auf aktuelle wichtige Herausforderungen reagiert werde; das politische Interesse sei natürlich gegeben, aber in dieser Frage zweitrangig.

Berlin, den 4. Juli 2007

**Johann-Henrich Krummacher**  
Berichterstatter

**Sven Schulz (Spandau)**  
Berichterstatter

**Patrick Meinhardt**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Krista Sager**  
Berichterstatterin



